

Extremisten können nicht Beamte sein

Für seriöse Staatsdiener wäre eine als verfassungsfeindlich etikettierte AfD keine Alternative mehr.

Von Armin Käfer

Das Kürzel AfD ließe sich auch mit „Allianz für Demagogie“ übersetzen. Rechtsextremisten werden dort nicht fremdeln. Aber ist die so benannte Partei in ihrer Gesamtheit ein verfassungsfeindliches Unternehmen? Die Experten für solche Fragen beim Bundesamt für Verfassungsschutz tendieren zu diesem Urteil. Das letzte Wort haben allerdings Gerichte, demnächst erst einmal das Verwaltungsgericht Köln. Falls die komplette AfD vom Verfassungsschutz überwacht werden sollte, wäre sie für Staatsdiener schwerlich noch eine Alternative. Von Beamten wird eine besondere Treuepflicht gegenüber der Verfassung erwartet – mit der Unterstützung einer mutmaßlich verfassungsfeindlichen Partei ließe sich das nicht in Einklang bringen.

Die Zeiten des Radikalenerlasses sind lange vorbei. Und das ist gut so. Wer im Solde eines Rechtsstaats steht, sollte sich dennoch von extremistischen Bestrebungen fernhalten. Diese Maßgabe könnte manche Biedermänner, die rechten Brandstifterparolen zuhören, bald schon in eine schwere Bredouille bringen. Und davon gibt es einige. Sie müssten sich dann entscheiden, was für sie wichtiger ist: Gehalt oder Gesinnung.